



Information über die Verarbeitung von personenbezogenen Daten

Hinweise zur Datenverarbeitung Vergabe von öffentlichen Aufträgen (eVergabe)

Amt Breitenburg
Die Amtsvorsteherin
Osterholz 5
25524 Breitenburg
Deutschland
Telefon: 04828/9900
Fax: 04828/99099
E-Mail: info@amt-breitenburg.de

Interner Datenschutzbeauftragter
Amt Kellinghusen
Michaela Kinzel
Hauptstraße 14
25548 Kellinghusen
Deutschland
Telefon: 0482239126
E-Mail: datenschutz@amt-kellinghusen.de



Verantwortlichkeiten

Amt Breitenburg
Die Amtsvorsteherin
Osterholz 5
25524 Breitenburg
Deutschland
Telefon: 04828/9900
Fax: 04828/99099
E-Mail: info@amt-breitenburg.de

Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Michaela Kinzel
Hauptstraße 14
25548 Kellinghusen
Telefon: 04822-39 126
E-Mail: datenschutz@amt-kellinghusen.de

Kurzbeschreibung

Wir kommen der Informationspflicht gem. Art 13 DSGVO mit dieser Mitteilung nach, um eine faire und transparente Verarbeitung der personenbezogenen Daten zu gewährleisten. Ihre notwendigen personenbezogenen Daten zur Erfüllung der Verwaltungsaufgaben werden mit den jeweils anwendbaren gesetzlichen Datenschutzerfordernissen zu den nachfolgend aufgeführten Zwecken verarbeitet.



Zweck der Datenverarbeitung

eVergabe ist die Abkürzung für elektronische Vergabe und steht für die Vergabe öffentlicher Aufträge für Liefer-, Bau- und Dienstleistungen auf elektronischem Weg.

Für die Beteiligung als Bieter oder Bewerber am Vergabeverfahren sowie die spätere Durchführung der daraus resultierenden Verträge durch die Vergabestelle werden personenbezogene Daten benötigt. Die Bereitstellung der personenbezogenen Daten ist Voraussetzung für die Teilnahme am Vergabeverfahren und die daraus ggf. resultierende Begründung eines Vertragsverhältnisses. Unvollständige Angaben können zum Ausschluss vom Vergabeverfahren führen. Die erhobenen Daten werden unter anderem für die Kommunikation zwischen den Bieter/Bewerbern/Vertragspartnern und der Vergabestelle, die Durchführung der Angebotswertung, insbesondere die Überprüfung der Bietereignung, sowie die spätere Vertragsabwicklung verwendet. Die personenbezogenen Daten werden grundsätzlich nur zum Zwecke der Durchführung von Vergabeverfahren und im Falle der Auftragserteilung für die Vertragsdurchführung erhoben und verarbeitet.

- Durchführung von Vergabeverfahren, insb.:
- Bereitstellen von Vergabeunterlagen
- Beantwortung von Bieterfragen
- Abfrage und Überprüfung des Vorliegens von Ausschlussgründen
- Abfrage und Überprüfung der Eignung
- Erfüllen vergaberechtlicher Transparenzverpflichtungen
- Pflege einer Bieterkartei
- Dokumenten- und Vertragsmanagement
- Vertragsabwicklung
- Erfüllen datenschutzrechtlicher Verpflichtungen
- Führen sachdienlicher Kommunikation

Rechtsgrundlage

Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)

Vergabeverordnung (VgV)

Vergabestatistikverordnung (VergStatVO)

Unterschwellenvergabeordnung (UVgO)

Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB/A)

§ 3 LDSG (SH) Zulässigkeit der Verarbeitung personenbezogener Daten

Art. 6 Abs. 1 lit. e DSGVO und Art. 6 Abs. 1 lit. b und c DSGVO

Datenquellen

Bieter und ggfs. deren Mitarbeiter/innen

Die Erhebung erfolgt im Bieterportal bei der Registrierung sowie im Rahmen der Angebotsabgabe. Darüber hinaus werden im Einzelfall auch personenbezogene Daten bei Dritten erhoben, soweit diese gesetzlich zur Mitteilung verpflichtet bzw. berechtigt sind (z.B. Gewerbezentral- und Wettbewerbsregister) oder mit Ihrer Einwilligung.



Datenkategorien

Personenstammdaten des Bieters (soweit es sich um natürliche Personen oder Personengesellschaften bzw. Ansprechpartner von Kapitalgesellschaften handelt)

- Identifikations- und Kontaktdaten, z. B. Vor- und Nachname, Telefonnummer ,
E-Mail-Adresse, ggf. Geburtsort und Geburtsdatum
- bei eingetragenen Kaufleuten und Einzelunternehmer*innen einer GbR, Nummer Sitz des Unternehmens
- Nummer des Eintrags im Handelsregister /RegisterNr.
- Präqualifikationsabfrage
- Daten zur Überprüfung von Referenzen und / oder teilweise Schul-
und Berufsausbildung
- Berufserfahrung eingesetzter Mitarbeiter*innen
- Daten zur Qualifikation/Eignung eingesetzter Beschäftigter
- Referenzen über in der Vergangenheit ausgeführte vergleichbare Leistungen

Regelfristen für die Löschung

Für die Dauer der Speicherung personenbezogener Daten sind die haushalts- und vergaberechtlichen Aufbewahrungsfristen maßgeblich.

Gemäß § 8 Abs. 4 VgV müssen alle für die Vergabe relevanten Unterlagen bis zum Ende der Laufzeit des Vertrages oder der Rahmenvereinbarung aufbewahrt werden, mindestens aber drei Jahren ab dem Tag der Zuschlagserteilung (s. auch § 6 Abs. 2 UVgO). Im Falle eines Förderbescheides ergibt sich die Archivierungsfrist aus den im Bescheid festgelegten Nebenbestimmungen.

Ihre personenbezogenen Daten werden gemäß § 199 Abs. 3 BGB 10 Jahre nach Abschluss des Vergabeverfahrens gelöscht

Erfordernis

Sie sind nicht verpflichtet die erforderlichen Daten anzugeben.

Sie müssen uns nur diejenigen personenbezogenen Daten bereitstellen, die für die Durchführung des Verwaltungsverfahrens

erforderlich sind oder zu deren Erhebung wir gesetzlich verpflichtet sind. Im Regelfall sind diese Daten offensichtlich erforderlich.

Folgen der Nichtbereitstellung

Fehlen die erforderlichen Daten oder sind diese unvollständig, kann dies zum Ausschluss Ihres Angebots im Vergabeverfahren führen.



Automatisierte Entscheidungsfindung und Profiling

In den einzelnen Vergabeverfahren werden grundsätzlich keine vollautomatisierten Entscheidungen gem. Art. 22 DSGVO getroffen.

Ebenso führt die Amtsverwaltung kein Profiling durch.

Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Ihre personenbezogenen Daten werden soweit erforderlich weitergeben an:

- Zuständige Sachbearbeiter der Fachabteilung
- Referenzgeber zur Überprüfung von Referenzen
- Beauftragte Fachpersonen im Verfahren (Architekten, Planer/Ingenieure und/oder juristische Berater)
- politische Gremien
- Bundesamt für Justiz zur Einholung von GZR-Auskünften gem. § 150a GewO
- Bundeskartellamt zur Abfrage aus dem Wettbewerbsregister
- Industrie- und Handwerkskammern zur Einholung von Auskünften
betreffen Eignung / Befähigung
- Ggf. in einem Nachprüfungs-/Beschwerdeverfahren an die
Vergabekammer/Vergabepflichtstelle/Oberlandesgericht
- Bietersupport und Techn. Support (B_I Medien GmbH Vergabeportal)
- Veröffentlichungsorgane des Bundes/der EU je nach Vergabeverfahren
- Mitbieter im Rahmen der Informations- und Berichtspflicht vergebener
Aufträge
- Sicherheits- und Ordnungsbehörden zur Überprüfung
bewachungsrechtlicher Voraussetzungen
- Interne Bieterliste

Absicht der Übermittlung an ein Drittland oder internationale Organisation

Eine Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation findet nicht statt.

Die Datenverarbeitung findet im Inland statt.

Recht auf Widerruf

Wenn Sie in eine Verarbeitung personenbezogener Daten durch eine entsprechende Erklärung eingewilligt haben, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt.

Recht auf Auskunft

Betroffene haben nach Art. 15 DSGVO das Recht, vom Verarbeiter Auskunft über die bei ihm gespeicherten personenbezogenen Daten zu erhalten.



Recht auf Berichtigung

Ferner haben Sie ein Recht auf Berichtigung gemäß Art.16 DSGVO, das heißt, Sie können von uns unverzüglich die Berichtigung Ihrer unrichtigen personenbezogenen Daten verlangen. Unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung haben Sie das Recht, die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten auch mittels einer ergänzenden Erklärung zu verlangen.

Recht auf Löschung

Betroffene haben nach Art. 17 DSGVO das Recht, die Löschung ihrer Daten zu verlangen, soweit nicht die Verarbeitung zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist.

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Betroffene können gemäß Art.18 DSGVO die Einschränkung der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten von ihnen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, sie aber deren Löschung ablehnen und wir die Daten nicht mehr benötigen, sie jedoch diese zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen oder sie gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben.

Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung

Betroffene können gemäß Art. 21 DSGVO der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit widersprechen, es sei denn, der Verantwortliche kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Recht auf Datenübertragbarkeit

Nach Art. 20 DSGVO besteht bei bestimmten Verarbeitungen ein Anspruch auf Datenübertragbarkeit Ihrer personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten. Dieses betrifft auch Daten, die auf Basis Ihrer ausdrücklichen Einwilligung oder Vertragserfüllung erhoben wurden.

Sie können eine Einwilligung jederzeit gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO widerrufen.

Dadurch wird jedoch nicht die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung Ihrer Daten bis zu Ihrem Widerruf berührt. Wenn Sie hiervon Gebrauch machen möchten, wenden Sie sich bitte persönlich, per Email oder schriftlich an die verantwortliche Stelle der Datenverarbeitung und/oder an die/den behördliche/n Datenschutzbeauftragte/n der verantwortlichen Stelle.



Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde

Wenn Betroffene der Ansicht sind, dass die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten gegen geltendes Datenschutzrecht verstößt, können sie sich gem. Art. 38 Abs. 4 DSGVO an die/den behördliche/n Datenschutzbeauftragte/n der verantwortlichen Stelle der Datenverarbeitung oder nach Art. 77 Abs. 1 DSGVO an die zuständige Aufsichtsbehörde wenden:

Unabhängiges Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein

Marit Hansen

Postfach 71 16

24171 Kiel

Holstenstraße 98

24103 Kiel

Telefon: 04 31/988-12 00

Telefax: 04 31/988-12 23

E-Mail: mail@datenschutzzentrum.de

Homepage:

<https://www.datenschutzzentrum.de/>